



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Georg Rosenthal, Isabell Zacharias SPD**

Statistische Erfassung von wohnungssuchenden jungen Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Zahlen zu wohnungssuchenden jungen Menschen statistisch zu erfassen. Die Statistik soll Jugendliche erfassen, die (ausbildungsbedingt oder aus sonstigen sozialen Gründen) auf sich alleine gestellt sind und eine Wohnung suchen. Die Statistik soll auch Aufschluss darüber geben, wie viele junge Menschen an ihrem bisherigen Wohnort geblieben sind, und wie viele wegen Ausbildung, Beruf, Studium oder aus anderen Gründen einen Wohnortwechsel vorgenommen haben. Die statistische Erfassung soll die Grundlage für eine entsprechende (bedarfsgerechte) Berücksichtigung bei der Vergabe geförderter Wohnungen bilden.

Begründung:

Bei der Vergabe von geförderten Wohnungen wird nur das Alter älterer Menschen berücksichtigt und somit auch statistisch erfasst. Zahlen zu wohnungssuchenden jungen Menschen werden hingegen statistisch nicht erfasst. Jugendliche bedürfen aber einem besonderen Schutz, wenn sie auf sich alleine gestellt sind (z.B. aufgrund von Flucht und Migration oder instabiler Familienverhältnisse). Sie haben oft nicht die finanziellen Mittel, um sich gegen andere Bewerber auf dem Wohnungsmarkt durchzusetzen.

Ein stabiles Zuhause wirkt sich positiv auf Ausbildung und Studium aus. Darüber hinaus kann es sich förderlich auf die Integration auswirken. Beides ist der Grundstein für ein selbstwirksames, gelingendes Leben in Deutschland.

Der Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Gerade in Ballungsräumen ist der Wohnraum knapp geworden, was sich durch die angestiegenen Mieten bemerkbar gemacht hat. Der Anstieg der Zuwanderungszahlen insbesondere seit vergangenem Jahr hat die Situation zusätzlich verschärft, worauf die Politik zum Teil mit Initiativen für den geförderten Mietwohnraum reagiert hat. Welche Konsequenzen diese Veränderungen für junge Menschen nach sich ziehen, lässt sich allerdings nicht sagen. Eine statistische Erfassung ist somit unerlässlich, um den veränderten Bedarf zu ermitteln und ihm gegebenenfalls angemessen begegnen zu können.